

Wirtschaftspolitische Debatte im Reichstag.

In der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums erstattet Abg. Dr. Wiestner dem Bericht des Reichswirtschaftlichen Ausschusses über Handwerker- und Mittelhandelsfragen. In einem ausführlichen Vortrag schildert die Regierung die Lage der Handwerksorganisationen des Handwerks behandelnden Gewerkschaften. Weiter wird eine Prüfung der Frage vorgetragen, ob die Preisstreberei-Verordnung nicht aufgehoben werden könne. Andere Ausschussmitglieder wenden sich gegen Maßnahmen im Hausierhandel und Wandergewerbe. Schließlich wird eine Neuordnung des Berufswesens verlangt.

Abg. Wenzel (Dnl.) betont, das Handwerk habe zum Minister Reubaus volles Vertrauen. Das Handwerkerorganisationsgesetz, auf das die Beteiligten schon vier Jahre warten, müsse schließlich vorgelegt und dem Handwerk Gelegenheit gegeben werden, vorher dazu Stellung zu nehmen. Im Wirtschaftsministerium sollte ein Staatssekretär ausschließlich mit den Fragen des Handwerks befaßt werden.

Abg. Eßer (Ztr.) weist darauf hin, daß die Handwerkskammern in diesem Jahre auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken können. Ihre Tätigkeit habe sich im allgemeinen durchaus bewährt. Auch die künftige Organisation des Handwerks müsse sich an die tatsächlichen Einrichtungen anlehnen und sich frei von jeder politischen Tendenz halten. Der Kleinhandel sollte sich in organisatorischer Beziehung dem Handwerk zum Vorbild nehmen, dann werde auch im Einzelhandel der deutsche Kaufmann die Stellung einnehmen, die ihm gebührt.

Abg. Barthel (Dem.) stellt mit Genugtuung fest, daß in der letzten Zeit bei den Eltern die Neigung gewachsen sei, die Söhne der Handwerkslehre zuzuführen. Das Handwerk könne aber nur gedeihen, wenn es Qualitätsarbeit liefere. In alle Kreise der Bevölkerung müsse die Meinung gerichtet werden, den Handwerker für seine ehrliche Arbeit pünktlich zu bezahlen.

Wirtschaftsminister Dr. Reubaus

weist dann auf die bevorstehenden handels- und zollpolitischen Debatten im Reichstag hin. Bei der Zolltarifnovelle, die jetzt in endgültiger Fassung vorliegt, handelt es sich um eine Lebensangelegenheit, um ein Handelsvertragsinstrument. Die Entscheidung über unsere dauernde zollpolitische Einstellung kann erst bei Vorlage des endgültigen Zolltarifs fallen. Man darf hoffen, daß mit Hilfe der vorliegenden Novelle die Handelsvertragsverhandlungen zu einem baldigen vorläufigen Ergebnis führen werden. Schon in den nächsten Tagen wird bei den deutsch-französischen Verhandlungen in die Einzelberatung über die künftige Eisen- und Textilregelung eingetreten werden. Bei den deutsch-italienischen Verhandlungen ist mit einem Abschluß für Mai zu rechnen. Nach Annahme der Zolltarifnovelle dürfte dann bis zum Sommer der endgültige Handelsvertrag zustandekommen. Für unsere deutsche Wirtschaft werde die in Aussicht stehende Rückkehr zur englischen Schutzpolitik in einzelnen Industriezweigen besonders dringend empfunden werden. Um unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern, gilt es nunmehr an die innere Wirtschaftsvermehrung heranzugehen und gleichzeitig die Voraussetzung zu schaffen, die wieder eine gewisse Stetigkeit der Konjunkturschwankungen herbeiführen kann. Die deutsche Wirtschaft tritt eigentlich erst jetzt in die Epoche der Uebergangswirtschaft ein. Es liegen allerdings Symptome vor, die bereits auf eine allgemeine Besserung unserer inneren Wirtschaftsverhältnisse hinweisen. Zum Teil sind die von ausländischen Unternehmungen heringebrachten Zustände bereits nicht zum Impasse verurteilt worden. Die kalkulationsmäßigen Methoden der Kriegszeit sind noch nicht völlig überwunden. Dadurch sind wir in vielen Industriezweigen wiederum vom Weltmarkt gelöst. In weitem Maße findet auf dem Weltmarkt heute wieder ein verschärfter Konkurrenzkampf statt, der besonders durch den Wettbewerb von Ländern mit starker Rohstoffbasis verstärkt wird.

Der Minister befragt die Winderingsregierung der Goldstandardbank, die gerade dem deutschen Ausfuhrhandel Erleichterung bringen soll. Der Minister befragt dann die Notwendigkeit einer wirksamen Beeinflussung des allgemeinen Preisniveaus. Die Annahme ist irrig, daß mit der Aufhebung als absonderlich erkannter Teile der notwirtschaftlichen Gesetzgebung ein notwendiger und wirksamer Preisverwahrungsvorgang gegeben würde (!) Soweit Uebereinstimmung mit den Ländern erzielt ist, sollen die entsprechenden Bestimmungen bald erlassen werden. Das Reichswirtschaftsministerium wird sich, wo es immer kann, für eine Senkung der Kosten einsetzen, die die Generalunterschiede unserer Wirtschaft betreffen. Es wird in diesem Sinne bei der Gestaltung der Frachtarife und beim Umbau der Steuerlegislation mitwirken. Der Minister befragt, daß die Halbenstände an der Ruhr auf acht bis zehn Millionen Tonnen zu erhöhen seien. Der Grund dafür läge in der katastrophalen Abnahme. Von großer Bedeutung werde eine für die Kohle in Aussicht genommene Senkung der Eisenbahntarife sein, die schon in den nächsten Tagen in Kraft treten solle. Für das Salzburger Revier, wo die Lage noch bedrohlicher sei als im Ruhrgebiet, seien besondere

Maßnahmen vorzuziehen. Der Minister stelle weiter fest, daß Maßnahmen zur Einführung eines neuen Verfahrens für Gewinnung von Öl bereits in die Wege geleitet seien. Bezüglich der Vorschläge für die Elektrizitätswirtschaft werde es alsbald mit den Länderregierungen in Verbindung treten. Den technischen und organisatorischen Umstellungen sei heute um so größere Beachtung zu schenken, weil sich unsere Industrie noch auf Jahre hinaus in Schwierigkeiten befinden werde.

Der Referentenbericht einer Reichshandwerksordnung sei den Ländern bereits zur Stellungnahme zugestellt worden. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes sei ebenfalls fertiggestellt. Der Entwurf über den entgeltlichen Reichswirtschaftsrat werde auch in seiner Zusammenfassung dem Reichstag nach sachkundiger Arbeit trotz starker Herabsetzung der Mitgliederzahl in weitgehendem Maße entsprechen. (Beifall.)

Abg. Koenen (Komm.) verlangt im Interesse des Mittelstandes die Vereinfachung sämtlicher Verbrauchssteuern, besonders der Umsatzsteuer und der Gewerbesteuer.

Abg. Wöhl (Ztr.): Die Bucherordnungungen müssen endlich aufgehoben werden. Der Referent verlangt ein Einverständnis gegen Ausschüsse des Straßenshandels und gegen den Warenhandel von Fremden in öffentlichen Bezirken.

Abg. v. Hammer (D. Sa.) verlangt größere Beschleunigung bei der Einführung der Zolltarifnovelle.

Wirtschaftsminister Dr. Reubaus stimmt dem Vordränger durchaus darin zu, daß die technische Verbesserung der Zolltarifnovelle notwendig sei.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) wünscht die Einrichtung eines Kartellamts und Kartellregisters. Das Wirtschaftsinstitut habe jetzt schon die Möglichkeit, Ausschüssen des Kartellwesens vorzulegen; aber es mache davon leider zu wenig Gebrauch. Das Handwerk müsse sich bemühen, seine handwerkliche Tätigkeit zu fördern.

Abg. Störz (Dnl.) wünscht die Einbeziehung der Handwerksstellen in die Handwerkskammern, um so eine Art Volksgemeinschaft innerhalb des Handwerks (!) zu schaffen.

Abg. Frau Warm (Soz.) tritt für die Kommunalisierung des Lebensmittelhändels ein. Die Preisstreberei-Verordnungen sollten aufrecht erhalten werden.

Abg. Hajemann (Soz.):

Wir haben zwar ein Kohlenwirtschaftsgesetz, das seit 1919 in Kraft ist und das besagt, daß die Kohlenwirtschaft einen gemeinwirtschaftlichen Charakter haben soll, aber die privatwirtschaftlichen Einflüsse im Kohlenbergbau sind noch viel zu stark. Wir sind aus einer Kohlenart in einen Kohlenüberfluß hineingekommen. Trotz des Kohlenüberflusses an der Ruhr wird aber in den rheinischen Braunkohlenbezirken mit Hochdruck gearbeitet. Wenn in dieser Weise weiter geschäftet wird, so sind vielleicht in 25-30 Jahren die Kohlenvorräte erschöpft. Dieser Kohlenbau müßte von Reichswegen inhibiert werden.

Die Wirtschaftskrisen haben auch Schwierigkeiten bei der Spartenbildung gebracht. Die Verhandlung des Ruhr-Syndikats hat sich monatelang hingezogen. Ein Paktus in dem Vertrag dieses Syndikats steht. Die Verhandlungen für Werke, deren Betriebe eingekürzt werden vor. Für die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe ist jedoch eine Entschädigung nicht vorgesehen. Es ist die Arbeit vorhanden, die Belegschaft im Ruhrgebiet auf die Vorkriegshöhe, die 350 000-380 000 Mann stark war, abzubauen. Das bedeutet, daß 70 000-80 000 Arbeiter und Angestellte in nächster Zeit nach und nach gefündigt werden. Ein Abbau oder eine Stilllegung im Bergbau ist nicht gleichbedeutend mit einer Stilllegung in der Industrie. Ein Bergwerk kann nur mit großen Umbau wieder in Betrieb genommen werden. Aber auch die Gemeinden, Städte und Kreise, in denen die Bergwerke liegen, würden durch Stilllegungen außerordentlich schwer geschädigt werden. Hier müßte von Reichs- und Staatswegen eingegriffen werden, um dafür zu sorgen, daß nicht von den privatkapitalistischen Gesichtspunkten aus Betriebe stillgelegt und Arbeiter entlassen werden. Wir haben den Antrag gestellt, daß, wenn Betriebe stillgelegt und Arbeiter entlassen werden, aus der Kohlenwirtschaft heraus die Unterhaltungsfragen und Umsiedlungs- und Berufsausbildungsfragen getrennt werden müssen. In letzter Zeit sind sehr viele Stellen stillgelegt worden, die noch in den Monaten Januar-April vorigen Jahres einen großen Ueberfluß hatten, der sich nach der Ausbeutung, an der nicht die Bergarbeiter, sondern das mangelnde Verarbeiten der Unternehmer schuld war, in ein Defizit verwanandelt. Bei der Berechnung der Selbstkosten haben die Arbeiter schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß sie an der Nachprüfung beteiligt werden. Im ersten Bergbau sind damit nach den Berichten auf den internationalen Kongress günstige Erfahrungen gemacht worden. Es ist die mangelhafte Konzeption, unter der wir zu leiden haben. Wenn es uns nicht gelingt, die Konzeption der Arbeiter zu heben, so muß unsere gesamte Wirtschaft darunter leiden. Auf die Konzeption dürfen wir uns nicht verlassen. Erklärend würden die Angaben des Magistralen von Reichenberg über die Inanspruchnahme der Konzeptionspflege und der Beschäftigung der Bevölkerung und

über deren Gesundheitszustand. Wir müssen helfen, daß Ueberbürdung dieser fürchtbaren Verhältnisse, die ähnlich schaden, geschaffen wird. Wir hoffen, daß unsere Bemühungen die Zustimmung der anderen Parteien finden und daß der Minister dafür sorgt, daß energisch durchgegriffen wird. Die Weiterberatung wird auf Montag vertagt.

Schupo-Debatte im Landtag

Der Preussische Landtag setzte am Sonnabend die schon Wochen begonnene und am Freitag wieder neu aufgenommene Beratung über die Schupo-Politik fort; es kam dabei in der Hauptsache um die zweite Lesung der Novelle. Schupo-Polizeibeamteten und der Vorlage über die Verbindung von Inhabern des Polizeibeamteten-Ausgleichs, sowie um den Bericht des Beamtenausschusses über die Beförderungsverhältnisse der Schupo-Polizeibeamten.

Abg. Stiefel (Ztr.) fordert für die Industrie die Besteuerung einer erheblichen Verhäufung der Polizei. Abg. Dr. Wöhl (Dnl.) weist auf die Behauptung hin, es seien zurzeit 80 Prozent der Schupo-Polizeibeamten Sozialdemokraten und 20 Prozent Kommunisten. (?)

Abg. Wiedmann (Soz.) zerstört die von den Reichsparteien vorgebrachten Mährchen über die Verhältnisse der sozialdemokratischen Schupo-Polizeibeamten. Er weist auf die Tatsache hin, daß die Sozialdemokraten in der Schupo-Politik eine republikanische Beamtenbeförderung vor sich haben, die das keine guten politischen Gründe. Er widerlegt die gehaltenen Einwürfe. Inzwischen setzte sich Genosse Wiedmann noch einmal energisch dafür ein, daß die reichsweite Schupo-Politik, die einer Besserung der Lage der Schupo-Polizeibeamten in den Ländern im Wege stehen, möglichst rasch durch Druck von Preußen her verschwinden.

Abg. Wöhl (Dnl.) verlangt gegenüber den Forderungen Wiedmanns in allererster Linie die Berücksichtigung der Interessen der Schupo-Polizeibeamten, auch die Berücksichtigung der Interessen der Reichsparteien; allein die Reichsparteien sind doch etwas ganz anderes als die Schwarzrotgold-Farben des Reichsbanners. (Stürmische Heiterkeit.) Abg. Koenen (Komm.) hält eine milde Schimpfede. Der Landtag nahm die Vorlagen nach den Ausschussanträgen an, darunter auch eine sozialdemokratische Initiative zurückgebende Ausschussanträge, welche die baldige Aufhebung des Reichsbeamten-Ausgleichs für die Schupo-Polizeibeamten und die Einstellung der Schupo-Polizeibeamten in das allgemeine Beamtenrechtsverhältnis fordert. Die Beratung wird in dritter Beratung endgültig verabschiedet. Die Beratung der Verlesung des Kommunalabgabengesetzes auf der 2. Sitzung wird in zweiter Lesung angenommen. — Am Montag wird der Finanzminister der Haushalt eingebracht.

Aus dem Reich.

Deutsche Presse-Skizze. Das Oberlandesgericht Dresden hat ein Urteil des Landgerichts Leipzig bestätigt, das den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Jenzel, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil das Blatt ein Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums in dem längst eingeleiteten Verfahren wegen Landesverrat gegen den ehemaligen Reichspräsidenten Dr. Zeigner abgedruckt hatte, nachdem es von sozialdemokratischen Abgeordneten statt dem sachlichen Landesverrat abgedruckt wurde. Dieses Urteil ist um so unangenehmer und unverständlich, als ein Berliner Amtsgericht gegen den verantwortlichen Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ wegen des gleichen Vergehens lediglich auf eine Geldstrafe von 150 Mark erkannt und ausdrücklich betonte, daß es sich um ein rein formales Delikt handele, durch welches kein Schaden verursacht wurde.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde die Abänderungsvorläufe in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung beraten. Die landwirtschaftliche Unfallversicherung lehnt sich nach den gestellten Beschläüssen jetzt ganz die gewerbliche Unfallversicherung an. Die bisherigen Gesetze für Rentempfindungen aus der landwirtschaftlichen Unfallversicherung bestanden, sind beseitigt. Die Berechnung der Jahresarbeitsbedienste erfolgt nicht mehr wie bisher nach den durchschnittlichen Jahresarbeitsbediensten, welche die landwirtschaftlichen Arbeiter am Beschäftigungsort des Betriebes verdienen, sondern nach dem wirklichen Jahresarbeitsverdienst.

Der Reichsenrat des Reichstages beschloß sich am Sonntag mit dem Arbeitsplan des Plenums. Er beschloß, daß am Mittwoch der Haushalt des Auswärtigen Amtes und der spanische Handelsvertrag zur Beratung gelangen sollen, wenn der Reichsausschuss für diesen Tag frei ist. Im anderen Falle wird die Beratung am Donnerstag stattfinden.

Ein Gutsatz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Sonntag in Hannover unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung statt. Er war verbunden mit einer Fahnenweihe. Der Verlauf der Veranstaltung war äußerst eindrucksvoll und jeden Zwischenfall.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

15] (Kochbuch verboten.)

„Aber, wie ich höre“, sagte der Pfarrer langsam, „wer er hier herüber, nach London zu kommen. Vielleicht lag die Schuld bei uns. Wir gingen nicht auf die rechte Art vor.“

„Ja, das ist ein wenig richtig,“ sagte der Pfarrer, „die Worte des Dichters zu wiederholen, die dieser zu ihm gesprochen hatte, daß er noch ein kleines Kind gewesen, nämlich, wie anders die Welt aussieht, glauben die Menschen tatsächlich das, was sie zu glauben meinen. Jeder behauptet es, denn der alte Pfarrer vertrat eine solche Meinung. Was erwidern die Menschen darauf?“ erwiderte er sich selbst. „Sagte er es Ihnen?“

„Er erklärte, daß er auf diese Frage niemals eine Antwort erhielt“, erwiderte Anthony.

„Aber ich erinnere mich an drei Dinge.“ Es dämmerte in der Dämmerung, und vielleicht hatte der alte Mann nötig, auf den jungen Anthony zu warten, der in der Dämmerung verweilte. „Ganz für sich selbst leben, an nichts anderes denken. Fragt nicht: Was werden wir essen, was werden wir trinken und was werden wir uns leisten?“ Der Dichter ist eine gewöhnliche Sache.“

„Aber ich bin nicht glücklich an den Dingen zu denken, die in dem Dichter sind. Die meisten von uns, George, sind nicht glücklich, es genügt die Dinge zu wiederholen, an der richtigen Stelle zu stehen. Aber das stimmt nicht. Wenn dein Herz auf dich und ich mich nicht. Du beginnst die Schmeichelei. Es ist leicht, mit geschickten Händen zu leben. Aber das Herz auf dich, das ist ein schweres Kopf und schmerzliche Gedanken. Was ist das Schöne?“

„Es ist nicht,“ sagte der Dichter, „der Dichter hat den Schönen nicht.“

„Sagen Sie“, meinte er, „es kommt mir ja nicht vor, wie ein Dichter. Ein alleinstehender Mann vermag es zu tun. Dann ist die Welt für Sie nicht. Aber auch bei mir geht es nicht, wie es sollte. Die Welt ist nicht für mich. Der Dichter hat ein Herz, das er nicht vermag.“

Der Dichter schenkte, erwiderte Anthony.

„Drei Wochen vor Weihnachten.“ Der alte Pfarrer schritt in dem leeren Raum auf und ab. „Wissen Sie, was Weihnachten für mich bedeutet? Wenn Sie älter sind, werden Sie es wissen. Die Kinder, Bücher, Scherenschnitzereien; — es ist unheimlich, wieviel Griefel Kinder brauchen. Dazu kommen die Schulgelber, die Vertretungen, die Weihnachtsbesuche. Es ist eigentlich wunderbar, Christi Geburtstag. Und ich fürchte das Fest. Worüber sprechen wir heute in der Schule? Ein paar Dörfler, wie man Jesus helfen, wie man das Evangelium verbreiten kann? Nein, sondern über die Preise der Kirchengelber, den Pfaffen für die Zentralkasse und die Restauration der Kirche. Wie kann ich den Christ predigen, den Ausgestoßenen, den Bettler, den Wanderer in der Wüste, den Diener der Armen, den Kreuzträger? Der Heiland, den ich zu Beginn meiner Kaufmann predigen wollte? Die Leute werden über mich lachen, freudlos. „Sagt er, was ist in einem geräumigen Haus, hat vier Dienstmädchen und keine Sorge für den armen Mann.“ Gott weiß, wie schwer es mir fällt, das Geld dafür herbeizubringen, aber ich sollte ja gar nicht darauf denken, es zu tun. Ich müßte unter den Regen leben, Christus nicht durch Worte, sondern durch Taten verkörpern.“

Es war ganz dunkel geworden. Der Pfarrer stieg gegen einen kleinen Tisch, der freistehend stand. Anthony fand einen gepolsterten Stuhl hin. Wegen ihres Interesses in die Sache in Ordnung. „Sprechen Sie die Einzelheiten mit Herrn Grant.“

Anthony dachte ihm und schickte sich zum Gehen an. Der Schwärzige Herr Speers hielt ihn zurück. „Sprechen Sie mich nicht an,“ sagte er, „aber er ist ein Mensch. Einiges nicht, Sie sind ein wenig länger geblieben. In jedem etwas veränderte sich, Ihnen gegenüber, nicht zu reden. Jedenfalls meine Worte wieder einmal ein, so denken Sie darüber nach. Freilich haben Sie noch Zeit, als meine gewöhnlichen Predigten.“

Die Leute hören durch Anthony's Reden,“ erwiderte er. „Es würde mich gar nicht wundern, meinte er, „denn er ist ein alleinstehender Mann.“

Der alte Dichter war in der Dämmerung zurückgekehrt. Es war, als würde er, daß alles vorbei sei. Er lebte noch, eine Zeitlang, doch sollte er eine Freude erleben. Einem wackern

Zwischen Anthony und dem jungen Rowbray entspann sich eine innige Freundschaft. Dies war hauptsächlich durch Rowbray zuzuschreiben, doch übte sich auch Anthony von Rowbrays Güte und Sanftmut angezogen. Rowbrays Vater pfand ebenfalls Zuneigung für Anthony, und er wurde häufiger Gast in der Priory.

Herr Rowbray war ein gut aussehender Mann von fünfzig Jahren. Es hieß, daß er mehr Sinn für Belustigungen, als für seinen Beruf habe. Er ritt bei den Hehlgütern mit und einer der besten Schützen der Umgebung. Er war Witwer. Gerücht munkelte von einer unglücklichen Ehe, zumindest was Frau anbelangt hatte, von Verwahrlosung und Untreue. Doch konnte dies nicht recht auf Wahrheit beruhen, denn Herr Rowbray sprach mit großer Fröhlichkeit und oft sogar mit Tränen in den Augen von seiner Frau. Ihr Bild, von Orchardton gemalt, hing im Speisezimmer gegenüber von Herrn Rowbrays Gemälde: ein angezogenes Gesicht, wenigstens nicht schön; die Stirn war hoch und so schmal. Der ganze Kopf lag in den Augen, die sprechen schienen. Bestaunte das Gemälde, so hob Herr Rowbray bisweilen sein Glas und trank dem Bild zu. Er hatte eine Vorliebe für guten alten Portwein, und viele seiner Freunde teilten diesen Geschmack. Es gab in der Familie nur zwei Kinder, Edward, und die um einige Jahre ältere Elizabeth. Sie hatte die angesehenen Augen der Mutter, doch war ihr Gesicht wenig ansprechend. Anthony hatte sie zuerst etwas fürchtete; er wurde von ihr kaum geachtet. Elizabeth galt allgemein für elegant, weil sie keinen Sinn für Sport und Zerkleinerung besaß. Dann kamen beide Kinder im Gegenfall zum Vater.

Durch Edward und dessen Schwester wurde Anthony in Politik eingeführt; die beiden waren glühende Reformen. Edward trümmte an einer Welt, in der es keine Armen mehr geben würde, und glaubte, dies könnte, wenigstens was England betraf, noch zu ihren Lebzeiten erreicht werden. Edward war von sich selbst der unglücklichere. Er erwartete die Rettung aus der Revolution, Betty hingegen, die früher seiner Ansicht gewesen war, wies auf die französische Revolution hin, und behauptete, heutzutage könne alles verwirrt der Wahnwitz erreicht werden. Es würden sich Jahre ereignen, welche, eble Menschen, und die Massen würden für sie stimmen. Welche müßten eingeschickt die Schwärzigen und Böden gezwungen werden, sich zu ändern.

(Fortsetzung folgt.)

Kleinhandelspreise für Lebensmittel- und Hausbedarfsartikel.

Die „Städtische Korrespondenz“, das amtliche Publikationsorgan des Preussischen Statistischen Landesamtes, veröffentlicht eine Übersicht über die häufigsten Kleinhandelspreise für Lebensmittel und Hausbedarfsartikel in der ersten Hälfte des Monats April 1913. Aus dieser Übersicht, die durch die Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr wie mit dem gleichen Monat 1912 besonders merkwürdig und interessant ist, sind folgende Schlüsse zu ziehen, teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit:

Der Preis für Roggenbrot, bei dem für alle nachfolgenden Lebensmittel für je 1 Kilogramm angegeben ist, betrug in Berlin 31, in Düsseldorf 60, in Berlin 42 Reichspfennige. Die Spanne zwischen der untersten und der höchsten Preisgrenze — der Durchschnittspreis belief sich auf 40,5 Reichspfennige — war beträchtlich, jedoch nicht so groß wie bei Weizenbrot (Semmel), bei dem das Kilogramm in Sigmaringen 50, in Frankfurt am Main aber nur 116 Reichspfennige kostete. Für gewöhnliches Roggenmehl wurden im Durchschnitt 42,0 Reichspfennige, im April des Jahres 1912 40,0 Reichspfennige gezahlt. Am billigsten war das Roggenmehl in Cottbus mit 35 Reichspfennigen und am teuersten in Potsdam mit 50 Reichspfennigen. Höher waren wiederum die Preisunterstützungen für Weizenmehl, für das bei einem Durchschnittspreis von 48,7 Reichspfennigen in Hildesheim 40, in Emden aber 60 Reichspfennige waren. Recht erheblich ist auch der Preisunterschied für das wichtigste Volksernährungsmittel, die Speisekartoffel, für die pro Kilogramm in Altona 5, in Köln, Kachen und Trier 14, in Emden sogar — bei einem Durchschnittspreis von 10,7 und im Jahre 1912 7,8 bis 15 Reichspfennige gezahlt waren. Berlin zahlte für das Kilogramm Speisekartoffeln 8 Reichspfennige. Für Gebäck in landüblicher mittlerer Sorte zahlte man im Durchschnitt 44 Reichspfennige, und damit der gleichen Zeit der Vorjahres gegenüber etwa 60 Reichspfennigen, dem April 1912 gegenüber etwa 165 Reichspfennigen. Am teuersten war die Butter mit 200 Reichspfennigen in Erfurt, am billigsten war sie mit 347 Reichspfennigen in Tilsit. Für Margarine mittlerer Sorte gelten andere Verhältnisse. Die höchste Preispanne bestand bei diesem Nahrungsmittel zwischen 185 Reichspfennigen in Reuß und 200 Reichspfennigen in Gleiwitz. Der Durchschnittspreis war hier 158 Reichspfennige, der von Berlin um knapp 5 Reichspfennige überstieg wurde. Der Preis für ausländisches Schweinefleisch belief sich im Mittel auf genau 200 Reichspfennige; es war am teuersten in Magdeburg mit 178 Reichspfennigen, am höchsten in Sigmaringen mit 220 Reichspfennigen.

Von Nahrungsmitteln, die für die Volksernährung außerordentlich wichtig sind, seien ferner noch folgende erwähnt: Der Durchschnittspreis für gestöhnten Hausbrot betrug im April 69,2 Reichspfennige, gegen 94,6 Reichspfennige im Vorjahre und gegen 50,6 Reichspfennige im April 1912. Am teuersten war er in Brandenburg a. S. und in Sigmaringen mit 73, am billigsten in Marienburg (Weipr.) mit 60 Reichspfennigen. In der Kategorie der Eier belief sich der Durchschnittspreis für April 1913 auf 7,1 Reichspfennige, während die Durchschnittspreise für April 1912 und für einige andere Städte mit 9 Reichspfennigen in Coblenz und Potsdam mit 14 Reichspfennigen am teuersten waren. Im Durchschnitt zahlte man für ein Liter Vollmilch 23,5 Reichspfennige, und damit 7,5 Reichspfennige mehr als 1912. Diesen Preis überstieg Trier mit 27 Reichspfennigen, am höchsten Tilsit mit 19 Reichspfennigen und der niedrigste Preis erreichte Gebrauntes Kaffee in Halle a. S. 800, in Köln 600, in Berlin 747 Reichspfennige. Der Durchschnittspreis war 701,7 Reichspfennige und damit über doppelt so hoch als im April 1912 mit 321,0 Reichspfennigen. — Ein Zentner Steinkohle (Hausbrand) kostete im Durchschnitt 190,7 Reichspfennige, in Berlin 200 und in Essen 111 Reichspfennige. Eine Kilowattstunde elektrisches Licht kostete zwischen 30 Reichspfennigen in Braunsberg (Ostpr.) und 60 Reichspfennigen in Wiesbaden. Der Durchschnittspreis betrug hier 45,1 Reichspfennige.

Deutscher Mietertag in Hamburg.

Der Reichsbund deutscher Mieter hielt in Hamburg einen außerordentlichen Mietertag ab, in dessen Rahmen eine öffentliche Tagung stattfand, zu der eine große Anzahl Vertreter von Behörden, von den politischen Parteien und von der Arbeiterbewegung eingeladen und erschienen waren. Zur Begrüßung sprachen u. a. Vertreter der englischen Siedlungs- und Mieterorganisation und der österreichischen Mietervereinigungen, ferner Silberstein vom A.D.B., Dr.-Ing. Wagner-Berlin von der Deutschen Wohnungsfürsorge A.-G., Landgerichtsrat Kuben als Vertreter des Republikanischen Mieterbundes und der sozialdemokratischen Juristen, Klement von der Verband sozialer Bauvereine, Dörner vom A.D.B.-Bund, sowie ein Vertreter der A.D.B. Sämtliche Redner legten sich mit Wärme und Entschiedenheit für die Bestrebungen der vom Deutschen Mieterbund organisierten Bewegung ein.

Während sprach der Bundesvorsitzende Dzienl-Berlin in längeren Ausführungen über das Thema „Was fordert der Mietertag von der Gesetzgebung?“ Der Referent brachte zum Ausdruck, daß man gegenwärtig leider die Empfindung haben müsse, daß es auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft nicht vorwärts, sondern rückwärts gehe. Der Reichsregierung solle jede Initiative, um so mehr müsse die Mieterkassen ihre Aufgabe darin sehen, für ihre Rechte und Ziele zu kämpfen. Was die Mieterbewegung anbetrifft, so muß unbedingt gefordert werden,

Aus aller Welt.

Ein außerordentlicher Anwaltsstag

findet gegenwärtig in Berlin statt. Der Reichsjustizminister Dr. Jentzen hielt dort eine Rede, in der er feststellte, daß die Autorität des Rechts in den letzten Jahren schwer erschüttert worden ist.

D.-Zug-Zusammenstoß mit einem Lokomotiv.

Am 2. d. d. Eisenbahnstation Rothmaß bei Westloch in Baden kollidierte am Sonntag ein schweres Unglück. Abends gegen 10 Uhr stieß ein Lokomotiv mit Personen besetzt war, in den Zug. Der genannte Zug befand sich im Übergang über einen Kurvenbogen und streifte den noch auf dem Gleise befindlichen Dampfwagen. Die Insassen wurden zum größten Teil aus den Wagen herausgeschleudert und überfahren. Von den 15 Verletzten sind 11 tot und außerdem 4 schwer verletzt. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß die Schranke nicht geschlossen war. Die schmerzlichen Untersuchungen sind vorläufig noch nicht abgeschlossen.

Straßenbahnunfall in Wien.

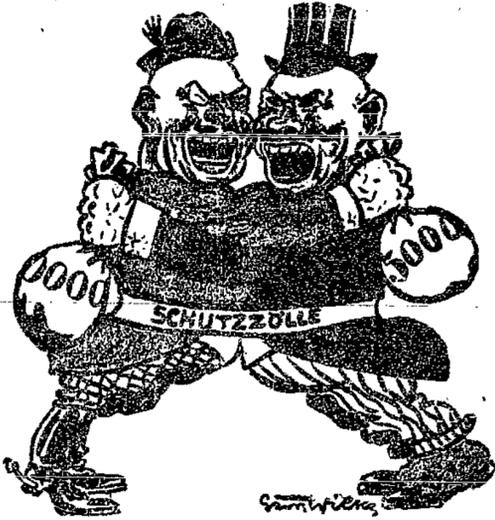
Gestern stießen im 13. Bezirk von Wien zwei Straßenbahnwagen infolge des Regens und Verkens der Bremsen zusammen. 24 Personen wurden verletzt; die Wagen wurden stark beschädigt.

Selbstmord des Schwiegerohnes des englischen Königs.

Der Schwiegerohn des Königs, Viscount Francis Boscawen, wurde von der Königin Marie, der einzigen Tochter des englischen Königs, hat sich durch einen Schuß in den Kopf getötet. Der Selbstmord ereignet in der Londoner Gesellschaft ungenauer Umstände. Die Beweggründe der Tat sind vorläufig gänzlich ungeklärt.

Sir Francis Boscawen hat sich im Jahre 1823 mit Prinzessin Marie verheiratet. Der Ehe, die für überaus glücklich galt, sind zwei Kinder entsprossen.

Das Band.



„Fühle, was dies Herz empfindet,
Reiche frei mit deine Hand,
Und das Band, das uns verbindet,
Sei kein schwaches Rosenband!“ (Goethe)

daß jede Steigerung der Miete über das zur Hauswirtschaft notwendige Maß als vollkommen unberechtigt zurückzuweisen ist. Gegenüber den Verhören des Hausbesitzes, sich erneut zu verschulden und Gewinne zu realisieren, fordert die Mieterkassen ein Belastungssperregesetz und die Überführung des Realcredits in die öffentliche Hand durch Verstaatlichung der Hypothekendarlehen. Die Mieter von Wohn- und Gewerberäumen dürfen nicht wieder schutzlos der Willkür des Hausbesitzes preisgegeben werden. Die Mieterkassen fordern weiter die sofortige Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechts.

Die Neubautätigkeit darf nicht wieder der privaten Boden- und Häuserpekulation ausgeliefert werden, weil sonst die Mieten ungeheuerlich in die Höhe getrieben werden und der Wettbewerb Deutschlands auf dem Weltmarkt gefährdet würde. Die Mieten in den Neubauten müssen durch Herabgabe zinsloser Hypotheken soweit gesenkt werden, daß sie den Mieten in den Altwohnungen gleichkommen. Der Bauhofwucherer ist energig zu bekämpfen. Die Miete darf nicht dazu benutzt werden, um aus ihr die Mittel zum Ausleihen der öffentlichen Haushalte herauszusuchen. Diese Mittel müssen vielmehr auf dem Wege der Belastung von Bauspar- und Einkommen gewonnen werden. Durch eine Wohnungsbaubausgabe müssen bis auf weiteres die Mittel gewonnen werden, um den Neubau hinreichend zu finanzieren; die Abgabe muß sozial gesteuert sein unter Freilassung der Bedürftigen. Der ländliche Grundbesitz darf nicht länger von der Besteuerung freigelassen werden. Der Hausbesitz darf an der Wohnungsbaubausgabe bzw. an der heutigen Mietzinssteuer nicht verdienen. Der Kleinwohnungsbau, besonders in der Rechtsform der Reichsheimstätte ist mit allen Mitteln zu fördern. Schließlich ist als unentbehrliche Grundlage jeder dauernden Verbesserung unserer Wohnverhältnisse die baldige Verabschiedung eines Reichsgesetzes zu fordern, das den deutlichen Grund und Boden der privaten Spekulation entzieht und seine Verwendung zum Nutzen der Allgemeinheit dauernd sichert (Bodenreformgesetz). Unverdienende arbeitslose Gewinne beim Verkauf von Grund und Boden sind restlos wegzunehmen. Die organisierte Mieterkassen aller Schichten wehrt sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß jeder Lohn- und Gehaltsbesitzer, jede Einkommenssteigerung von der Grundrente wieder weggenommen wird, wie es in der Vorkriegszeit geschehen ist.

Die Ausführungen des Referenten wurden allseitig mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der Aussprache wurde von fast allen Delegierten u. a. darauf hingewiesen, daß die Mieterbewegung zwar unabhängig und selbstständig arbeiten müsse, daß es aber nicht dazu kommen dürfe, bei Wahlen eigene Mieterlisten aufzustellen. Die Mieterbewegung habe die Parteien zu unterstützen, die ihr freundschaftlich gegenüber sind und für sie eintreten. Im übrigen wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß alle Kraft für die Schaffung eines neuen Miet- und Bodenrechts eingesetzt werden muß. Darauf wurde einstimmig eine im Sinne des Referates gehaltene Entschließung des Vorstandes angenommen.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Weibliche Bürgermeister.

In England sind bei den letzten Gemeindevahlen acht Frauen zu Bürgermeisterinnen gewählt worden. Die Hälfte von ihnen ist unverheiratet. Von bekannteren Orten, die sich weiblicher Führung anvertrauten, sind zu nennen: Cambridge, Colchester und Warrmouth. In Glasgow wurden zum ersten Male zwei Frauen zu Amtmännern gewählt, die auch als Polizeirichter zu wirken haben. In einer kleinen Stadt der spanischen Provinz Alicante wurde ebenfalls eine Frau, und zwar eine Lehrerin, Bürgermeisterin.

London-San Franzisko in 10 Tagen.

An Bord des Canard-Dampfers „Aurianta“ wurde heute die erste Postsendung, die durch Flugpost und Schnelldampfer von Southampton nach San Franzisko befördert werden soll, mitgenommen. Es wird beabsichtigt, daß die Post bei der Ankunft des Dampfers in Newport sofort durch Flugpost weiter befördert wird, so daß sie 10 Tage nach Aufgabe in London in San Franzisko ankommen wird. Das würde eine Zeitersparnis von 4 Tagen bedeuten.

Jadie geht zur Schule.

Nach der amerikanischen Theaterzeitung „Variety“ wird Jadie Coogan das Filmstudium für das nächste Jahrzehnt aufgeben und dafür in die Schule gehen. Das Filmstudium hat vor, das College zu absolvieren. Dann wird sich Jadie wahrscheinlich wieder der Kunst des Filmstudiums zuwenden. Seiner Familie hat er bisher die niedliche Kleinigkeit von ungefähr 2 Millionen Dollars eingebracht.

Der Kampf gegen den Alkoholismus in Mexiko.

New York Herald meldet, daß der Kampf des amerikanischen Küstenwaches gegen die Alkoholschmuggler eine noch nie dagewesene Heftigkeit erreicht hat. Bekanntlich wird eine große Flotte von Regierungsschiffen gegen die Schmuggler auf dem Generalangriff gegen die Schmuggler vorbereitet. Es sind bereits drei von diesen Jagdbooten in ihren Decken vor den Schmugglern verurteilt worden, sie waren von außen angegriffen. Andere Schiffe sind außer Gefahr, indem in die Dampfschiffe der Unrat geworfen wurde. Mehrere Dampfer wurden von Schmugglern überfallen, mißhandelt und erst nach heftigen Drängungen freigelassen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Zus R 31 n wird uns geschrieben: „Einen besonderen Reiz hat die Abstimmung über einen Antrag der Sozialdemokraten, den Oberbürgermeister zu erlauben, der Verabschiedung eines Vortrages über den Bau eines Krematoriums zu unterbreiten.“

Diese Forderung ist in der letzten Zeit von den Kommunisten erhoben worden! Gestern wäre der Antrag mit Hilfe der Sozialdemokraten angenommen worden, wenn die Kommunisten dagewesen wären! Da aber von ihnen 25 Parteimitglieder nur 3 anwesend waren, wurde der Antrag mit 29 gegen 27 Stimmen abgelehnt!“

Das ist so ein Beispiel, wie wir es leider schon oft erlebt haben. In öffentlichen Versammlungen werden große Reden geschwungen, werden mit oft verblüffender Zungenfertigkeit Tatsachen von uns verlangt. Wenn man dann aber bemerkt, daß man seinen Mann nicht, dann gibt es ein großes Verlegen. Aber wie gelangt es ist ja nicht das erste Mal und wir legen es zu dem übrigen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der sozialdemokratische Parteitag des Memellandes fand in Heideburg statt. Die starke Teilnahme der Delegierten bewies, daß die memelländischen Genossen entschlossen sind, den Agitationsapparat der Partei kampfbereit zu halten. Als erster Redner sprach Landarbeitersekretär Genosse Kiziat über die bevorstehenden Kreisparlamentswahlen im Memelgebiet, die vor allem für die Entwicklung der sozialen Verhältnisse der memelländischen Bevölkerung von Wichtigkeit sind, da die litauische Landesregierung nicht die notwendige Energie zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten aufbringt. — Landesdirektor a. D. Genosse Matzies sprach über die wirtschaftliche und politische Lage des Memelgebietes. In Litauen wie im Memelland sei die Industrie nur zu einem Drittel der Friedensproduktion beschäftigt. Von der großen Zahl der Erwerbslosen falle die Hälfte allein auf das Memelgebiet. Die Staatsregierung überwiege zwar die Erwerbslosenfrage der Kommune, stellt aber nicht die notwendigen Mittel frei. Ungeheuerlich und Beamte wurden aus der Sozialversicherung abgemeldet, ohne daß in einer anderen Weise für Schutz gegen Krankheiten gesorgt wurde. Die Gehälter sind reine Hungerlöhne. Dagegen verheißt der litauische Staat monatlich 15000 Dollar für litauische Propaganda im Memelgebiet. — Der Landesvorsitzende der Partei, Genosse Baigt, schloß den Kampf des Memellandes um eine demokratische Verfassung. Im Anschluß an seine Ausführungen wurde eine Entschließung des Parteitages angenommen, die u. a. erklärt: „Der Parteivorstand wird beauftragt, mit allen auf dem Boden der Demokratie und der Memelkonvention stehenden Bestrebungen unter Zurückstellung aller durch die Verhältnisse bedingten Sonderinteressen dafür einzutreten, daß das Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage der Memelkonvention sobald als möglich verwirklicht wird.“ — Der Parteitag schloß mit dem einstimmigen Beschlusse der Versammlung zur Demokratie und zum Sozialismus.

Litauisch-polnischer Ausgleich? Wie das M.L.B. von zuverlässiger Seite erfährt, hat die polnische Regierung Mitte April dem Premierminister Litauens eine polnisch-litauische Konferenz vorgeschlagen. Die Konferenz soll folgende Punkte erörtern: eine angelegte Schifffahrt auf dem Njemen, Bau von Bahnhöfen, Erziehung polnischer Konjulate in Memel und Kowno, sowie litauischer Konjulate in Polen. Der litauische Premierminister verhält sich zu dem Vorschlag der polnischen Regierung entgegenkommend.

Trotsky hat bei seinem Erscheinen im Moskauer Kongress in längeren Erklärungen seine Loyaltät gegenüber dem Parteivorstand und seine Solidarität mit der kommunistischen Partei versichert. Gleichzeitig hat er die Gerüchte, daß er für die „bürgerliche“ Demokratie und für die völlige Freiheit des Handels eintrete, dementiert.

Ein verbannter Herrspring. Aus einer amtlichen Mitteilung des Ministerrats geht hervor, daß Prinz Georg von Serbien, der ältere Bruder des jetzigen Königs von Südserbien und einstige Thronfolger Serbiens angeblich aus Gesundheitsrücksichten von der Hauptstadt Belgrad verbannt worden ist, wobei seine ständige Überwachung wie bisher auch an seinem neuen Wohnort, der einstweilen verweigert wird, beibehalten wird. Ueber die wahren Gründe, die zu diesem außergewöhnlichen Schritt der serbischen Regierung gegen den bereits vor dem Kriege wegen übertriebener Kriegshetze und ungewöhnlich fleghaften Benehmens des Thrones als verurteilt erklärten Prinzen geführt haben, ist noch nichts bekannt.

Japan erneuert seine Macht. Tschangschin wurde zum Militärgouverneur von Sjanghaun ernannt. Durch diese Ernennung in Verbindung mit den ihm kürzlich übertragenen Ämtern beherrscht Tschangschin tatsächlich das gesamte östliche China von Mukden bis Sjanghaun. Die chinesische Entwicklung seit den letzten schweren Kämpfen beweist, daß Tschangschin es nicht nur verstanden hat, sich selbst gegen die Bürokratie der nationalen Aufstandspartei durchzusetzen, sondern auch durch die russische und japanische Unterstützung, die er besitzt, seinen Machtbereich ständig erweitert. Das Gegengewicht der Kantongregierung in Südjina ist durch den Tod Sunjatschens stark geschwächt worden, so daß der für bolschewistische Weltrevolutionenpläne und des japanischen Militarismus gleichzeitige eingespannte Mandchurengeneral über die jungen und schwachen Kräfte des demokratischen China zunächst den Sieg davontragen wird.

Noch diese Woche!
Für nur 3³⁰ M.
auf ein Los gewinnen Sie

50 000

bar Gold ohne Abzug
Große Österreichische Gold-Lotterie
Porto und Liste 30 Fl. extra

10 Lose verschiedene Tausende 33.— Mk.
25 Lose einzeln Porto und Liste 16.50 Mk.

Vorwand auch gegen Nachnahme

Small Lotterie-Einsätze

Arndt Brosch V

Eckhaus Tauentzienplatz 1
Telefonische Bestell. Nr. 6596
Postcheckkonto 67465

Montag 7 1/2 Uhr:
"Wigdon".
Dienstag 8 Uhr:
"Selome".
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
"Der Jahrmart
von Sorotigini".
Wider einer Ausstellung"

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telefon Ring 2545

Täglich 8 Uhr:
In neuer Ausstattung:
**"Die Geliebte
Sr. Hohell"**

Dienstag 8 Uhr:
Zum 25. Male
**"Die Geliebte
Sr. Hohell"**

Freitag 8 Uhr:
"Gräfin Mariza"
Samstag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Die lustige Witwe

Lobe-Theater.
Tel. R. 6774 u. R. 6760.
Montag, Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Sündflut
Drama von Ernst Barlach.
Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr:
Zu kleinen Preisen!
Die Journalisten
von Gustav Freytag.

Der große
Lochschlager
des
Thalia-Theaters
in Breslau

Der
**wahre
Jakob**
mit
Stüssel
erlebt am Samstag
das Jubiläum der
50.
Annäherung.
Preis von 60 Pl. L.

Künstlerbund Schlesien.
Frühjahrsausstellung 1925
in der Getreideerichtshalle (am Christophersplatz)
Ölgemälde, Plastik
Geöffnet: Werktags von 10 bis 4 Uhr.
Sonntags von 11 bis 2 Uhr.

Plüschsofa, Chaiselong.
in großer Auswahl verkauft sehr billig
Max Giesel, Brüderstr. 23.

Druckerei Volkswacht Ausfertigung aller Drucksachen
Breslau 2 Fürststraße 4/6

**Liebig-
Theater**
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel

Hartstein
in dem Lochschlager:
Der lachende Fridolin
oder
Wer ist der Papa?

und das
**internationale
Varieté-Programm**
Erhältlich Sommerpreise
von 0.50 Mk. an.

Parteilreunde
kaufen Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht!

St. Hubertus-Festsäle
empfehlen
separat geles. Vereinszimmer u. Saal
für Vereine u. Festlichkeiten
Sonntag und Dienstag
öffentlicher Tanz
Dienstag verkehrter Ball
Damen Eintritt und Tanz frei! 2323

"Lachen links!"
Das Witzblatt der Republik
— Neft 20 Pfennige. —
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht
und die Zeitungsträgerinnen.

Werbewoche
für das Gemeinde-Bestimmungsrecht
10. bis 16. Mai 1925.

Montag, den 11. Mai, abends 8 Uhr, in der Aula des Matthiasgymnasiums
Mitglieder-Verammlung d. Vereins gegen den Alkoholismus
Vortrag des Herrn Priv.-Doz. Dr. Lubinski über:
"Alkohol und Krankheiten - Verhütung"
Gäste willkommen! Gäste willkommen!

Dienstag, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im großen Schiefwerderhof
Öffentliche Versammlung
Vortrag des Herrn Präsidenten a. D. Prof. Dr. R. Strecker, Berlin, über:
"Noch mehr Aneipen"?!?
Freie Aussprache. Eintritt frei.

Donnerstag, 14. Mai, abends 8 Uhr, im gr. Saal der Vaterländischen Anstalt
Matthiasgymn. 1:
Öffentliche Frauen-Versammlung
Vortrag von Frä. Maria Lachnutt, Breslau über:
"Ein Weg zur Gesundheit und titl. Erneuerung unseres Volkes"
Eintritt frei!

Freitag, 15. Mai, abends 6,30 Uhr, auf dem Schloßplatz
Große Jugend-Rundgebung
für ein Schantstätten- und Jugend-Schutzgesetz.
Anweisungen für die Jugend-Rundgebung sind bei der Geschäftsstelle
Marktstraße 7 (Gernspracher Ohle 1923) einzufordern.

Der Ehrenauschuß:
Zimmer, Oberpräsident der Provinz Niederschlesien, Järmer, Wiegepräsident
des Provinz-Schulkollegiums für Niederschlesien, Jaenide, Regierungs-Präsident
Kleider, Polizeipräsident, Dr. Herjehl, Bürgermeister, Landes-
Statthalter, v. Hoerner, Leiter des Provinzial-Verwaltungsrates, Landes-
Präsident, Professor und Rektor der Universität, Greiff, Oberlandesgerichts-
präsident, Birkel, Oberjustizrat, Dr. Steinhilber, Reichsausschuß
Leibesübungen, Ortsgruppe Breslau, Dr. Sumiatsch, Breslauer Seg-
Verein, Dr. Bogelstein, Gem.-Rabbiner, Fischer, Pfarrer, Leiter
Ev. Jungmännerbundes, Gottschalk, Pfarrer, Bund der Jugend-
Engelbert, Oberkaplan, Rath, Jugendgemeinschaft, Langner, Wohnung-
Kommissar und 1. Vorsitzender des Silesisch-deutschen Fußballverbandes,
Lagmann, Schriftführer des Silesisch-deutschen Amateurbootsverbandes.

Der Arbeitsauschuß:
Prof. Dr. Pfeiffer, Geh. Med.-Rat, Prof. Dr. Rosenfeld, Geh. San.-Rat, Prof. S. Hoffmann, Geh. Med.-Rat, G. Tschä, Geschäftsführer.

Proletarier! Beseitigt die Hindernisse des Sprechens! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.
Sommerpropheten! Einfaches wunderbares Buch, das jedem ganz ungenügend ist.
W. S. Altman, Heiligenstadt (Hildesheim)

Lassen Sie sich nicht Irre machen,
sondern überzeugen Sie sich durch einen Versuch
das wir an billigen Seefischtagen
keine weiche oder gar liegegebliebene, sondern nur blutfrische Ware 1. Qual. verkaufen.
Jedermann kann sich davon überzeugen, daß am Montag früh Montag und Dienstag an unserem neuen Verkaufshaus am Ostbahnhof entladen werden.
2 Waggon staunend billige Preise!

la Kobliou 20	la Seelachs 18
im Ausschnitt, Pfd.	im Ausschnitt, Pfd.
ff. Fett-Voll- bücklinge 15	ff. Fisch-Kote- letts ohne Haut u. Gräten, Pfd. 48
Als besondere Schlager: Segen, Russische Sardinen 1/4 Pfd. 10	ff. Kräuter-Andovis 10
Feinste norm. Feiltheringe 105	in Tomaten gr. Fass ca. 105

Bitte genau auf Firma, blau-weiße Flagge mit goldener Schüssel zu achten. Ähnlich laufende Firmen wie "Nordsee", "zur Nordsee" usw. sind nicht die richtigen.

"Nordsee"
Geschäftsführer:
Fedor Trapp,
Fersprecher Ohle 5229, 5291, 4223

Das billige Qualitätsbuch!
(Romane der Weltliteratur)

**Ganzleinen!
Sadenbestung!
Holzfreies Papier!**

Jeder Band 2.50 Mk.
Zur Zeit noch vorrätig:

- Melis, B., Der Berwolf, Roman
- Kunze, L., Der Schenkst, Roman
- Djirafon, B., Themas Renditen, Roman
- Djirafon, B., Auf Gottes Wegen, Roman
- Dracheweg, H. G., Walterin Sinclair, Roman
- Cervantes, R., Don Quixote
- Dandiel, H., Fremont J., Pariser Sittenbild
- Dikens, Ch., Oliver Twist, Londoner Sittenbild
- Defoe, J., Der Spindel, Roman
- Dumas, A., Drei Musketiere, Historischer Roman
- Dumas, A., Zwanzig Jahre nachher, Historischer Roman
- Dumas, A., Zehn Jahre nachher, Historischer Roman
- Dumas, A. (Gef), Der Fall Clemenceau, Roman
- Dumas, A. (Gef), Die Kameleonten, Roman

- Dumas, L. P., Die Totenkamp, Roman
- Dumas-Winkelberg, Der Herr der Welt, Roman
- Dumas-Winkelberg, Die Willkommene, Roman
- Francis, L. S., Die letzte Redenburgerin, Roman
- Gef, P., Die Hofdame, Roman
- Gef, J., Die Regulatoren, Roman
- Gef, J., Unter dem Äquator, 1. Bd., Javanisches Sittenbild
- Gef, J., Unter dem Äquator, 2. Bd., Sittenbild
- Gef, J., Reifezeit
- Gef, J., Die Fingerringe, 1. Bd., Roman
- Gef, J., Die Fingerringe, 2. Bd., Roman
- Gef, J., Der Koffer, Roman
- Gef, J., Der Augenblick des Glücks, Roman
- Gef, S., Buch der Liebe

- Heine, H., Ein Liebespiegel (Aus den Liebern)
 - Ludwig, D., Die Heiterheit, Erzählung
 - Mörke, Ed., Erzählungen
 - Opinet, G., Der König von Paris, Roman
 - Preuß, A., Manon Lescaut, Roman
 - Schilling, L., Eine dunkle Tat, Roman
 - Schilling, L., Der Kampf im Speerfeld, Roman
 - Scott, W., Ivanhoe, Roman
 - Tolstoi, L., Auferstehung, Roman
 - Wißer, Th., Auch Einer, Roman
 - Zandend und eine Nacht, die schönsten Erzählungen
 - Memoiren der Kaiserin Katharina II.
- * Die mit Sternchen versehenen Bände sind nur zusammen zu beziehen.

Bei Bezug mehrerer Bände bequeme Teilzahlung ohne Aufschlag. / Auswärts nur gegen Voreinsendung zugänglich
Porto pro Band. / Die Preise für diese Bücher (Ganzleinen und holzfrei) gelten nur, solange sie in der

Volkswachtbuchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstraße 5, vorrätig sind.

Die in den Verzeichnissen angegebenen Preise sind die Verkaufspreise. Die in den Klammern angegebenen Preise sind die Preise für die Buchhandlung.

heute abend 8 Uhr geht jedes Parteimitglied in seine Distriktsversammlung.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.
Parteifunktionäre der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Donnerstag, den 14. Mai, wichtige Sitzung im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses.

Breslauer Nachrichten.
Breslau, 11. Mai.

1. Ostdeutsche Gartenschau.
(14.-17. Mai.)

Die Zugehörigkeit des Gartenbaus zur Landwirtschaft wird dieses Jahr zum erstenmal durch eine Gartenschau im Anschluß an den Landwirtschaftlichen Maschinenmarkt befundet. Die ganz besonderen Bet. ungsanlagen werden durch verschiedene Systeme im Betriebe praktisch vorgeführt; - Einrichtungen, an denen der moderne Landwirt und Gärtner nicht ohne Interesse vorübergehen kann. Eine Anzahl Gemüseshäuser wachsen mit erstaunlicher Schnelligkeit aus dem Boden; die im Vergleich zu früher erheblich leichtere Bauweise, ermöglicht durch die Auswahl schwächerer Eichen- und Holzprofile, gestattet durch die dadurch eingetretene wesentliche Verbilligung seien auch minderbemittelten Gartenfreunden die Anschaffung eines kleinen Gemüshauses.

Die Gärtnerschule der Landwirtschaftskammer in Breslau bei Oppeln zeigt eine Reihe Frühbeete mit verschiedenen Früchtesorten zu Gemüskulturen nach holländischer Art. Selbst den gärtnerischen Fachleuten wird hiermit etwas ganz Neues geboten, gilt doch Holland als das Land wirtschaftlich höchster Gartenkultur. Die Glashäuser auf der Gartenschau werden von schlesischen Erwerbsgärtnern dazu benutzt werden, ihre Kulturen an Salaten, Traucaria (Zimmerpflanzen), Hortensien, Ficusarten und anderen Topfpflanzen vorzuführen. Nach den anstrengenden und ermüdenden Studien des reichen Angebots moderner Maschinen auf dem Maschinenmarkt wird der Besucher der Gartenschau die Anblick der verschiedenen Gartenbauzeugnisse eine Augenweide für Herz und Sinn in eine beruhigende Ablenkung, eine erwünschte Sammlung der Sinne zu neuem Glauben.

Besonders darf in dieser Hinsicht auf die Sondergärten des erstklassigen Ruhepunktes hingewiesen werden, die in manchen Lagen aus dem Nichts entstanden sind und an die besten Leistungen des Jahresausstellung 1913 lebhaft erinnern. Die Baum- und Strauchkultur des Reichs-Broschens hat auf einem Terrain von 100 Quadratmeter in ansprechender Weise eine Ausstellung von verschiedenen Baumkultursorten in praktisch angewandter Form veranstaltet. Umgeben von großen, schön entwideltet Rodenpflanzen mit Blume- und Obstgehölzen, Obstpalmen, Rosen- und Blumensträuchern zu einem Ausstellungsgebiet vereinigt, dem der Gartenliebhaber in anregendster Weise alle Bestandteile für seinen Garten in ihrer Anwendung zeigen will.

Einen hübschen bürgerlichen Hausgarten von etwa einem Morgen Größe in den modernen Formen des gegenwärtigen Geschmacks hat Gartenbauingenieur Fritz Hanisch, Breslau-Carlswitz, entworfen und in Natura ausgeführt. Die so beliebten Rodenmauerchen in Oppelner Kalkstein, belebt von den zierlichen Mauerpflanzen: Fetthenne, Dahur, Zierpflanz, polsterbildende Flecken, Steinbrech und anderen Staudenpflanzen, gestalten, keine Terrainunterschiede zu schaffen, daß eine Terrasse als erhöhter Sitzplatz unter buntem Gartenornament einen erwünschten Ueberblick über den Garten verschafft. Gruppen von Taxus und Alpenjohannisbeere trennen den Ziergarten, der besonders durch die blühenden, ausdauernden Stauden während der ganzen Vegetationszeit belebt wird, vom Obst- und Gemüsegarten mit Beerensorten, Obstpalmen und sonstigen Nutz- und Zierpflanzen.

Das gesamte Pflanzenmaterial für diesen ansprechenden Sondergarten stammt aus der altbekannten Zirlauer Baumzucht. Ferner wird ein Spielplatz für Kinder mit Turngeräten, Schaukel, Sandplatz und sonstigen Einrichtungen, dann ein Wäschetrocken- und Bleichplatz mit herkömmlichen Wäschehängen und schließlich ein Erdmagazin mit allen im Gärtnerfach für die verschiedenen Kulturen erforderlichen Erdarten in geschickter Aufmachung gezeigt.

Zuchtvieh-Ausstellung in Breslau.
Auch in diesem Jahre veranstaltet die Landwirtschaftskammer wiederum in der Zeit des Maschinenmarktes, und zwar am 15. und 16. Mai, im hiesigen Viehhof zu Breslau, Frankfurtzstraße (Höpelwitz) eine schlesische Zuchtvieh-Ausstellung, und zwar bereits die 23., verbunden mit einem Zuchtviehmarkt und mit Ausstellung. Die Beteiligung ist stärker denn je. Angemeldet sind bisher 500 Rinder, 500 Schweine, 400 Schafe, 200 Geflügel, 100 Kanarienvögel. Mit der letzteren Abteilung ist eine Ausstellung von aus Rom hergestellten Pelzwaren verbunden. Die Ausstellung ist geöffnet am Freitag von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr, am Sonnabend von früh 7 Uhr bis mittags 12 Uhr. Die Eintrittspreise sind so niedrig bemessen, daß kein Besucher den Besuch derselben unterlassen sollte.

75 Jahre Bethanien.
Das Diakonissen-Mutterhaus von Schlessen, Bethanien in Breslau, feiert am 14. Mai 1925 auf 75 Jahre seines Bestehens und Wirkens zurück. Nach unscheinbaren Anfängen in elstischen Mieträumen auf der Seminarschloß nahm es nach seiner Verlegung auf die Klosterstraße einen gewaltigen Aufschwung und dient jetzt hauptsächlich drei Aufgaben, der Ausbildung von Diakonissen, der Einführung in die Erziehungsarbeit im staatlich anerkannten Kindergärtnerinnen- und Hortnerinnen-Seminar und der Kranken- und Krankenpflege.

Der ersten Aufgabe dient das nach dem Krankenhaus größte Gebäude, das Schwesterhaus. Neben der Einführung der jungen Schwestern in die Wohlfahrtspflege mit ihren vielen Zweigen soll es allen Schwestern - Bethanien zählt jetzt 616 Schwestern - Mutterhaus sein, in welchem sie, die in Stadt und Land zerstreut sind, ihren Mittelpunkt sehen und worin sie im hohen Alter oder in Krankheit sich aufheben können. Das Seminar wird nicht nur von den Schwestern besucht, sondern auch von sehr vielen jungen Mädchen aus der Stadt und vom Lande, die später der Erziehung sich widmen wollen. Dem Volke am meisten in die Augen fallend ist die Tätigkeit der Schwestern in den vielen Räumen, die der Krankenpflege gewidmet sind, die Pflegen für 140 Patienten und 90 unheilbare Kranke und Siehe. Das große Krankenhaus, das der an größeren und schöneren Gebäuden armen Klosterstraße zu einigem Ansehen verholfen, ist erst 1916 fertig geworden und mit allen Anlagen und Einrichtungen eines modernen Krankenhauses versehen.

75 Jahre Bethanien, viel schließt dieses Wort in sich ein, ist eine Offenbarung von viel Leid und Glend menschlichen Daseins, aber auch eine von viel gutem Willen, der helfen möchte und nach Möglichkeit geholfen hat - durch 75 Jahrhunderte.

Kulturbewegung der Sozialdemokratie?
lautet das Thema, was Maria Hodann-Berlin heute abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Viktoriaschule behandelt. Die gesamte sozialistische Jugend nimmt daran teil. Eintritt frei.

Das Ehrenamt des Zählers zur Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925.
Der Amliche Preussische Pressebericht macht darauf aufmerksam, daß alle stimmungsberechtigten reichsdeutschen Männer und Frauen, die in Kreisen ihren Wohnsitz haben, verpflichtet sind, das Ehrenamt eines Zählers für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1925 zu übernehmen. Zur Ablehnung oder Niederlegung des Zähleramtes berechtigen nur folgende Gründe: Krankheit oder Gebrechen; dringende Geschäfte, die eine Abwesenheit vom Wohnort zurzeit der Zählung erfordern; ein Alter über 60 Jahre; die Berufstätigkeit als Arzt oder Apotheker; das Amt eines unmittelbaren Reichs- oder Staatsbeamten, sofern die Zählerfähigkeit mit den dienstlichen Aufgaben nicht vereinbar ist; bei Frauen die Erziehung von mehr als zwei Kindern oder die Führung eines größeren Haushalts; besondere Umstände, die im Einzelfalle die Ablehnung oder Niederlegung rechtfertigen. Wer ohne berechtigten Entschuldigungsgrund die Annahme des Zähleramtes verweigert oder es niederlegt, oder sich seiner Wahrnehmung tatsächlich entzieht, kann in eine Geldstrafe von 10 bis 200 RM. genommen werden. Die Haushaltungsvorstände sind verpflichtet, die geforderten Angaben in die Haushaltungslisten einzutragen. Ist ein Haushaltungsvorstand während der Zählung abwesend und hat er bis zum 19. Juni d. J. die ausgefüllten Fragebogen seinem Hauswirte nicht zugeandt, so ist dieser oder sein Stellvertreter, falls nicht ein Vertreter des Haushaltungsvorstandes die Ausfüllung vornimmt, verpflichtet, an Hand der polizeilichen Anmeldeungen und mit Hilfe sonst vorhandener Unterlagen nach bestem Willen die Ausfüllung der Zählpapiere für den fraglichen Haushalt vorzunehmen.

Zur Vorerhebung für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung
ist noch zu bemerken, daß der Hauseigentümer oder sein Stellvertreter in den meisten Fällen nicht in der Lage sein wird, den Hausbogen in allen Teilen vollständig auszufüllen. Vor allem wird er oft keine Angaben machen können über die Gewerbebetriebe seiner Mieter und deren Lage außerhalb der eigenen Grundstücke. Es ist darum auch der Hausbogen bei allen Hausinsassen zur Ausfüllung und Ergänzung in Umlauf zu setzen.

Vom Lebensmittelmarkt.
In der letzten Woche haben sich die Preise für die Lebensmittel kaum verändert. Etwas billiger wurden nur einige Gemüsorten und es wäre nur zu wünschen, daß sich auch andere Artikel ein Beispiel daran nehmen mögen, besonders Butter und Eier halten noch immer an dem außerordentlich hohen Preis fest. Bauernbutter sieht man nur noch recht selten; alles scheint jetzt unter der Bezeichnung schlesische Molkereibutter verkauft zu werden, die dann einen Mindestpreis von 1,80 Mark aufweist. Frische Molkereibutter kostet 1,95 Mark und 2 Mark und hiesige Butter 2,20 Mark das Pfund. Amerikanisches Schweinefleisch wird für 84 bis 90 Pf. verkauft, bei Leinöl erhöhte sich der Preis auf 88 Pfennige für das Vierstücker.

Den Gemüsemarkt beherrscht gegenwärtig der Spinat, 3 Pfund werden zu 20 Pfennig verkauft; auch die Salat- köpfe wurden etwas billiger, für einen hübschen Kopf zahlt man 20 Pfennige. Für 20 Pfennig bekommt man auch ein Bündchen Radishesen. Junge weiße Rettige erfordern noch mindestens 30 Pfennige für das Gebund; Sappentrücker kosten 60 Pfennig und Kapunzel 80 Pfennige das Pfund. Der Spargel fiel im Preis nur um weniges, sein Pfundpreis ist jetzt 1,20 bis 1,50 Mark. Groß ist nun auch schon das Angebot an Khabarber, der jetzt für 20 Pfennige das Pfund verkauft wird. Teurer dagegen wurden die Tomaten, die jetzt einen Pfundpreis von 1 Mark bis 1,40 Mark haben. Frische Winterzwiebeln kosten 25 und 30 Pfennige das Pfund, junge

Zwiebelröhren werden für 15 und 20 Pfennige das Gebund abgegeben. Morcheln haben einen Pfundpreis von 1 Mark bis 1,40 Mark, Peterstille und Schnittlauch werden zu 5 und 10 Pfennig das Gebund angeboten. Der Pfundpreis der neuen Kartoffeln bewegt sich zwischen 25 und 40 Pfennige, aber auch die alten Gemüse sind noch von recht guter Beschaffenheit. Die verschiedenen Rübenarten sind gut und preiswert; für das Pfund Kohlrüben oder rote Rüben zahlt man 10 Pf., das Pfund guter Weißkohl kostet 15 bis 20 Pfennige und Wirsing 25 und 30 Pfennige. Recht gute Mohrrüben wurden zum Pfundpreis von 10 und 15 Pfennige verkauft. Etwas billiger wurde der Blumenkohl, recht ansehnliche Rosen zahlt man mit 40 und 50 Pfennige, Kartoffeln werden für 3 1/2 bis 4 1/2 Pfennig pro Pfund abgegeben.

Auch in dieser Woche sind die Fischgeschäfte wiederum gut versorgt. Von Seeischen waren besonders billig: See- lachs mit 17 und 22 Pfennig, ferner Kablau mit 19 und 25 Pfennig das Pfund. Das Pfund Knurrhahn kostet 18 Pf., Lengisch 25 Pfennige und Fischkoteletts 35 bis 60 Pf. das Pfund. Für das Pfund keine Bratfische werden 32 Pfennig verlangt, für die großen Schollen 75 Pfennige und für Rotzunge 1,20 Mark pro Pfund. Alle Sorten lebende und geschlagene Flußfische werden in großen Mengen angeboten. Große geschlagene Flußhechte kosten 1,35 Mark das Pfund, lebende Hechte 1,85 Mark, kleine lebende Kalle sind zum Pfundpreis von 2,50 Mark an zu haben. Vielseitig ist auch wiederum das Angebot an Käsewaren. Das Pfund Käse kostet 40 Pfennig, Spratten 60 und 80 Pfennige und Flundern 1 Mark das Pfund. Als billiges Gericht wurden marinierte Schellfische angeboten, das Pfund zu 20 Pfennig.

Die Fleischpreise haben sich im wesentlichen nicht viel verändert. Einige Geschäfte machten ganz besonders billige Angebote in Wurwaren, indem sie Leberwurst und Prezwurst für 1 Mark das Pfund verkauften. Knoblauchwurst wurde das Pfund schon für 90 Pfennig angeboten.

Die Wildgeschäfte bieten neben Mastgeflügel Ziegenfleisch das Pfund zu 60 und 70 Pfennige sowie Wildschweinefleisch zum Kauf an. Unsere schlesischen Hühner kosten 1 Mark bis 1,20 Mark das Pfund und Tauben 80 Pf. bis 1,20 Mark das Stück.

Auf dem Obstmarkt sieht man neben den Auslands- äpfeln wieder reichlich Bananen, die für 15 bis 25 Pfennig das Stück abgegeben werden. Das billige Obst sind jedoch die Apfelsinen, die als Blutapfelsinen immer noch einen recht guten Geschmack haben. In dem Blumenflor in den Blumen- geschäften gestellte sich nun auch der erste blühende Flieder aus unseren Gärten und es dürften nur noch wenige Tage vergehen, dann wird der blühende Flieder ein Massenartikel auf dem Markte sein.

Das Breslauer Jubiläum der Wötker.
Am 6. Mai versammelten sich die Breslauer Wötker im Gemeinshaus, um das 40jährige Bestehen ihrer Berufsorganisation zu begehen. Genosse Kar hielt die Festrede. Kar übertrug in geschickter Weise den freigelegten Sachverhalt den anwesenden jubelnden Versammlung. Von Vajalle ausgehend, schilderte Kar den mühseligen Anfang und Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation, wie Lejendowski von Magdeburg eigens nach Berlin kommen mußte, um den Gewerkschaften den Garaus zu machen. Kar ging auf den Wert der gewerkschaftlichen Bewegung ein und betonte den unbedingten Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Partei. Es wurden dann insbesondere die anwesenden ältesten Mitglieder und Mitwirkende des Verbandes der schlesischen Wötker geehrt. Kar ermahnte die anwesenden jüngeren Kollegen, ebenso fest und treu wie die Älten zur Fahne zu stehen. Die Feier wurde umrahmt durch Gesangsbeiträge von Arbeiterkängern.

Zum Schluß gab es eine besondere Ueberraschung. Das Musikkorps des Reichsbanners, Gruppe Ost, erschien plötzlich im Saal und brachte der Breslauer Arbeiterkammer ein Ständchen. Mit donnerndem Beifall empfingen, spielten die Kameraden noch manches Stück und nahm die Festversammlung so einen würdigen harmonischen Verlauf.

Achtet auf die Hunde!
Seit Aufhebung der Hundeperrre sind fast 200 Verletzungen von Personen durch Hundebisse zur amtlichen Kenntnis gelangt. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß nach § 61 der Polizeiverordnung vom 17. Dezember 1923 billige Hunde auf öffentlichen Straßen und an Orten, wo Menschen verkehren, mit einem über die Schnauze des Hundes hinausreichenden, das Beißen verhindernden Maulkorb versehen sein müssen. Wird ferner durch einen Hund der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier führt, nach § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Dazu gehört u. a. auch Ersatz des Verdienstes, der ihm durch Wahrnehmung der Schutzpflicht entgangen ist. Sollten die Tierhalter in Zukunft nicht besser ihren Pflichten in dieser Hinsicht nachkommen, so sieht sich der Polizeipräsident gezwungen, den allgemeinen Maulkorbbzwang für Hunde wieder einzuführen.

Einführung in „Barlach“.
Zur Einführung in das künstlerische Schaffen Barlachs veranstaltete die Volkshöhe am 6. Mai einen Vortragsabend im Auditorium maximum der Universität. Frau Professor Heine sprach über Barlach als Gewächler und Plastiker und führte eine Reihe seiner Werke im Lichtbild vor. Sie gab eine Analyse seiner Eigenart als eines bewussten Umwerter aller Werte. Vom Expressionismus herkommend, der ein Befehnis zum subjektiven Erleben war und Erlösung in Linie und Form brachte, wußte Barlach in seine bewingende Umräumlichkeit hinein. Sein Ausdruck drängt wie das Hohlloch mittelalterlicher Gohk in die Tiefen des Metaphysischen. Und was er uns von dort aus gerastend zurückwirft sind Schöpfungen von unerhörter Geschlossenheit, in denen sich uns fernes, dämliches Menschentum offen-

Das gründliche Mundwasser
Image of a bottle of mouthwash.

Gewerkschaftsbewegung.

25 Jahre Achtstundentag.

Von Karl Gemmler.

Die Forderung des Achtstundentages ist heute eine so selbstverständliche, gerechte, von jedem einsichtigen Menschen anerkannte, über ihre Berechtigung die Diskussion geschlossen ist.

Es gibt keinen Menschen mehr, der die ungeheuren Schäden einer übermäßig langen Arbeitszeit bestreiten möchte. Die heutigen Gegner des Achtstundentages führen zu ihrer Begründung lediglich wirtschaftliche Gründe ins Feld, indem sie sagen, der heutige Stand der Wirtschaft verbiete vorerst noch die Einführung des Achtstundentages, weil andernfalls die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sei. Das ist faktisch nur eine faule Ausrede.

Vor 25 Jahren lagen die Dinge noch ganz anders. Da war der Achtstundentag noch ein schöner Zukunftstraum einer vereinzelt kämpfenden kleinen Schicht klassenbewußter Arbeiter. Die große Mehrheit der Arbeiter stand diesem Streben noch völlig gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenüber.

Kein Wunder war es also, daß die Einführung des Achtstundentages bei der Firma Karl Zeig vor nunmehr 25 Jahren ein Ereignis war, das weit über die Grenzen Deutschlands hinaus das größte Aufsehen erregte. Daß ein deutscher Großindustrieller das größte Initiativ heraus in seinen Betrieben den Achtstundentag einführt, das war ein Experiment, das allgemeines Aufsehen hervorrief und selbst von einem Teil der eigenen Arbeiter nicht verstanden wurde; doch das Experiment glückte.

Professor Abbe stellte folgende charakteristische Frage zur Abklärung: „Wer trauet sich zu und ist zugleich gewillt, in der acht Stunden verkürzten Arbeitszeit bei Lohn und Afforderselbst zu leisten wie bei der bisherigen neunstündigen Arbeitszeit?“

Für den Achtstundentag entschieden sich 614 Werkangehörige, dagegen 195, so daß die Dreiviertelmehrheit, die als Bedingung gestellt war, weit überschritten war. Die Zustimmung sollte keine zeitliche Festlegung sein, sondern die Einführung sollte vorerst probeweise auf ein Jahr erfolgen.

Der Erfolg war glänzend. Professor Abbe hat darüber in zwei Vorträgen in der „Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena“ ausführlich berichtet. An der Hand von sehr ausführlichen statistischen Tabellen hat er nachgewiesen, daß die Leistungen nicht nur nicht zurückgingen, sondern sich sogar noch steigerten. Um die bisherige Lohnhöhe zu erreichen, hätte eine Steigerung von 100 auf 112,12 genügt, der Verdienst stieg aber weit darüber hinaus. Dabei nahmen an der Steigerung alle Mitarbeiter teil. Die Frage, ob dabei der gute Wille, besonderer Eifer eine Rolle spielen, verneinte Professor Abbe ganz entschieden; er sagt darüber: „Die Leute haben sich in der ersten Zeit gewaltig angetrieben und sind, wie auch die Ableitung am Schlußbericht für den Kraftverbrauch der Maschinen beweist, über das Ziel hinausgeschossen; sie haben aber bald an sich selbst bemerkt, daß sie das leisten mußten... So hat sich die Anpassung an die sauernd eingetretene Beschleunigung des Arbeitstempus rein automatisch, ungewollt, ohne den Willen des Einzelnen vollzogen.“

Weiter hat das Vorbild Ernst Abbés wenig Nachahmung gefunden. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Reaktion stand gerade in jener Zeitperiode in voller Blüte. Es sei nur erinnert an den heroischen Kampf der Crimmischauser Weber im Jahre 1903 für den Achtstundentag. Da war es gerade derjenige Vertreter im Reichstag, der jene Waule gegen den Achtstundentag ins Feld und die ungeheure „Mollate“ der Textilherrn in den schwersten Tagen malte und behauptete, daß sie am Achtstundentag zugrunde gingen.

Gar mancher hat sich in den 25 Jahren geändert, auch bei der Firma Karl Zeig; die Zeiten sind vorüber, wo sie noch als alles überragender Musterbetrieb gilt. Trotzdem ist es vorwärts gegangen. Der Achtstundentag ist heute nicht mehr das unerreichbare Ideal, sondern das nächste Ziel, das in allerhöchster Zukunft erreicht sein wird.

Alle die, denen das alles zu lange dauert, die zum Glück keine Ahnung davon haben, welche unermüdliche Aufklärungsarbeit und welche zäher, erbitterter Kampf es bedurft hat, um diese Plutokratie zu lenken, würden gerichtet über die Tätigkeit und die Ergebnisse der Gewerkschaften urteilen, wenn sie daran Anteil gehabt hätten.

Es ist vorwärts gegangen trotz alledem.

Der Beschäftigungsgrad in der Berliner Metallindustrie.

Ueber den Arbeitsmarkt in der Groß-Berliner Metallindustrie erfahren wir folgendes: Von den ungefähr 300 000 Metallarbeitern in Groß-Berlin waren bei den Angehörigen in der Metallindustrie rund 5800 Arbeitslose gemeldet. Gestützt werden vor allem Dingen fast in allen Zweigen der Metallindustrie Arbeiter, besonders Werkzeugmacher, Dreher, Motorenfabrikanten usw. Große Nachfrage herrscht nach Schweißmonteuren, wie auch die Elektroindustrie im allgemeinen überaus gut beschäftigt ist. Einen sich besonders Beschäftigungsgrad weist auch die allgemeine Maschinenindustrie auf. Schlechter hat sich der Arbeitsmarkt im Lokomotivbau gestaltet. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß die Reichseisenbahn mit Neubestellungen und auch mit Reparaturen zurückhält. Außerdem hat der Eingang von Auslandsaufträgen in letzter Zeit ganz bedeutend nachgelassen.

Max Wollermann †.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat einen schweren Verlust zu beklagen. Unter den toten Opfern des Eisenbahnunfalls im polnischen Korridor befindet sich auch der General des Fabrikarbeiter-Verbandes für das östliche Deutschland Max Wollermann in Danzig. Ihn ereilte das tragische Schicksal, als er sich auf der Reise zu der am 2. Mai in Hannover abgehaltenen Gewerkschaften-Konferenz des Fabrikarbeiter-Verbandes befand. Die traurige Kunde rief das tiefste Mitgefühl unter den Konferenzteilnehmern hervor, das der Verbandsvorsitzende, Genosse Breg in bewegten Worten zum Ausdruck brachte.

Die Führerpersönlichkeit Wollermann's war mit der Entwicklung des Fabrikarbeiter-Verbandes im östlichen Deutschland eng verknüpft. — Als Sohn einer recht armen Arbeiterfamilie zu Landsberg a. d. W. am 2. Oktober 1879 geboren, verlor er schon frühzeitig seinen Vater. Um seine Mutter zu unterstützen, arbeitete er schon als 13jähriger in der Landwirtschaft später dann in Ziegenstein, Starksfabriken usw. 1905 trat er dem Fabrikarbeiter-Verbande bei, wurde bald darauf zum Bevollmächtigten der Zehnstelle Landsberg a. d. W. gewählt. Von hier aus entfaltete er eine rege Werberarbeit für den Fabrikarbeiter-Verband und gründete eine Reihe von Zahlstellen im benachbarten Gebiet, die ihn bei den Unternehmern als „Heher“ in Ruf brachte und ihm die Arbeitsstellen verschaffte. 1909 wählte ihn der Vorstand als Leiter für den neuangelegten Gau für Ost- und Westpreußen. In diesem Gau zu bearbeitenden Gebiet, in dem sich die Organisations- und Werberarbeit nach Kriegsende durch die politische Zusammenbrechung des deutschen Ostens noch schwieriger gestaltete, hat Wollermann wichtige gewerkschaftliche Verdienste geleistet. Seine klaren Worte der Anerkennung seines Charakters und seiner Verdienste als Mensch und als Gewerkschafter können kaum wiedergegeben werden, als es Genosse Breg in der Gewerkschaften-Konferenz vom 2. Mai tat: „Kollege Max Wollermann war ein Mensch ein unablässiger Charakter. In seiner Tätigkeit als Bevollmächtigter war er über alles Lob erhaben. Weit über sein Leben hinaus wird ihm kein Widen für den Fabrikarbeiter-Verband eine ehrende Erinnerung bleiben.“

Industrie weiter?

Die Vertreter der Arbeiter räumten alle Schwierigkeiten aus dem Wege, um zu einer Verständigung gelangen zu können. Sie waren bereit, über eine Anzahl nicht gerade nebenständlicher Forderungen einen Schiedspruch anzuerkennen. Die Arbeitervertreter mußten aber auf dem Einstelllohn von 55 Pfg., der als Forderung für den Monat März aufgestellt war, für gelehrte Arbeiter über 24 Jahren bestehen, nachdem sie den sofortigen Abbau der Familienzulagen und eine Laufdauer des Lohnabkommens bis 31. Juli 1925 in Kauf nehmen sollten. Die Unternehmer wollten aber nicht 55 Pfg., sondern nur 54 Pfg. gewähren und an diesem einen Pfennig scheiterte die Einigung. Die Unternehmer gablos diesen Pfennig nicht, sie hatten lieber ihre vollständig wirkungslos verpuffte Aussperrung aufrecht; wahrscheinlich so lange, bis alle mittleren und kleinen Unternehmungen Pleite gehen. Sie eignen sich Rechte an, die nur den Organisationen der Arbeiter zustehen, sie wollen unter den Arbeitern eine Urabstimmung vornehmen, sie versuchen die Arbeiter mit Flugchriften zu beeinflussen und müssen darin selbst zugeben, daß ein ungelehrter Arbeiter mit 3 Kindern nach den Lohnvorschlägen der Metallindustriellen ganze 2 Pfg. Lohnerhöhung erhält, statt 41 jetzt 48 Pfg. Die Unternehmer konnten die Abstimmung über ihre Vorschläge nicht durchführen, weil die Arbeiter ihnen nicht den Gefallen taten, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Abstimmung, die die Metallindustriellen vornehmen lassen wollten, entbehrte auch jeder Logik. Sämtliche Arbeiter bis auf zirka 250 Streikende waren und sind noch bereit, zu arbeiten, sie werden nur durch die Aussperrung der Metallindustriellen, an der Arbeit gehindert. In allen Betrieben, die diese sinnlose Aussperrung nicht durchführten, wurde antstandslos gearbeitet, auch die Betriebe, die nach der vorgenommenen Aussperrung zu einer besseren Einsicht kamen und die Aussperrung wieder aufhoben, konnten ohne Hindernis ihren Betrieb wieder aufnehmen. Die Arbeiter stellen nur die eine Bedingung: Entweder arbeiten wir alle oder keiner. Weshalb denn eine Abstimmung, nach dem dieser Sachverhalt feststeht? Ueber Annahme oder Ablehnung der Bedingungen der Metallindustriellen entscheiden die Streikenden. In einer Betriebsrat- und Vertrauensmännerziehung und 4 großen Versammlungen der Streikenden und Aussperrten billigten diese unter großem Beifall einmütig die Haltung und den Standpunkt ihrer Verbändler. Die Metallindustriellen brauchen nur wirtschaftliche Einsicht, Logik und Vernunft nicht so hartnäckig verwalten und der Wirtschaftskrisen in der Metallindustrie ist in wenigen Stunden wieder vollständig hergestellt.

Zum Streit bei der Wurfabrik H. Schneider.

Wir brachten am Sonnabend bereits die Mitteilung, daß die gesamte Belegschaft der Wurfabrik H. Schneider, Westendstraße 68, in den Streit getreten ist. Die Firma ist nun bemüht, Streikbrecher zu werben und bringt in den „Neuesten Nachrichten“ eine Anzeige, daß 40 Fleischergehilfen gelobt werden, da die Gesellen grundlos die Arbeit niedergelegt hatten.

Daß in der jetzigen Zeit die Arbeitnehmerschaft grundlos vielleicht aus Leichtsinne oder Uebermut die Arbeit niederlegt, wird wohl auch der gedankensichere Leser nicht glauben. Die gesamte Arbeitnehmerschaft hat noch immer nicht die Folgen der Kriegs- und Nachkriegszeit überwunden, so daß sie nur zwingungsweise zum äußersten Kampfmittel greift. Anders scheint es bei dem Unternehmertum zu sein, die nicht nur ihre Gewinne oft prozenthaft zur Schau stellen, die auch durch ihren räuberischen Berrenstandpunkt gegenseitige Verständigungen vereiteln und somit zeigen, daß sie nicht zu den Kriegsverlierern gehören.

Die Differenzen bei der Firma H. Schneider sind entstanden, weil die dort Beschäftigten das gleiche Arbeitsverhältnis haben wollten, wie es bei anderen ähnlichen Firmen seit Monaten besteht. Die Belegschaft ist der Firma bei früheren Verhandlungen so weit entgegen gekommen, daß sie teilweise schlechter stand als ihre Kollegen in Kleinbetrieben. Jetzt wurde aber von der Firma das bestehende Abkommen gekündigt und wesentliche Verschlechterungen vorgeschlagen, von denen sie auch trotz wochenlangen Verhandlungen nicht abging. Die Beschäftigten dagegen wollten das, was mit der Firma Rudolf Dietrich seit längerer Zeit besteht. Auf die im Betriebe hergestellte Ware umgerechnet sind das pro Pfund 0,3 Pfennig, also noch nicht 1/2 Pfennig. Ob das die Firma nicht tragen kann, überlassen wir getrost der Öffentlichkeit, die ja die Entwicklung derselben in den letzten Monaten verfolgen konnte.

Die Belegschaft war am Sonnabend morgen an der Arbeitsstelle und wünschte nochmals Verhandlungen und als diese von der Firma abgelehnt wurden, wurde in den Streit getreten. Die Streikenden werden zweifelsohne in ihrem Kampf die Sympathie der Bevölkerung auf ihrer Seite haben.

Bemerken möchten wir noch, daß der Fleischermeisterssohn Brauer, Heinrichstraße, Streikbrecherarbeit leistet. Dieses Geschäft wird die Arbeiterschaft beachten müssen.

Achtung, Maurer von Sacrau!

In Sacrau Papierfabrik wird eine Faulheit ausgeführt, an welcher die Firma Zuschläger beteiligt ist. Die Streikleitung in Ohlau vom Zimmererverband ersucht die dort beschäftigten Maurer die Wacht zu halten. In besonderen ist die dort beschäftigte Fabrikarbeiter-Schaft darauf hingewiesen, daß ihre Verbandskollegen seit Wochen bei dieser Firma im Streit befinden, kämpfend um bessere Lebensbedingungen.

Wirtschaft.

Wie hat bisher der Dawesplan funktioniert?

Das „erste Dawes-Jahr“ (September 1924 bis September 1925) ist als eine Atempause gebacht worden. Die Milliarde, die Deutschland im Laufe dieses Jahres zu zahlen hat, wird wohl nicht aus den Steuern und der Industriebelastung, wie die späteren Jahre, aufgebracht, sondern hauptsächlich aus dem Ertrag der Dawes-Anleihe, die Deutschland im Herbst 1924 bekommen hat (800 Millionen) und ferner allerdings aus dem Ertrag der deutschen Eisenbahnen (200 Millionen). Aus diesen Quellen hat nun der Reparationsagent regelmäßig jeden Monat eine Summe gleich etwa einem Zwölftel einer Milliarde (83 Millionen) zur Deckung der Ansprüche der Alliierten und der Vermaltungskosten der verschiedenen internationalen Kommissionen geschickt. Die Kosten der Kommissionen machten etwa ein Sechstel der Gesamtzahlung aus. Die restlichen neun Sechstel verteilten sich zwischen den Alliierten, wobei Frankreich das meiste erhielt, über folgten England, Belgien, Italien, dann Jugoslawien, Rumänien, Portugal, Japan, Griechenland.

Wichtig ist nun die Frage: ob die Uebertragung der deutschen Vermögenswerte an die Alliierten in Form von Renten oder in Form von Geld erfolgte. Denn die Uebertragung in Geldform

führen, denn sie legt das Vorhandensein von Devisenüberschüssen bei Deutschland voraus, die aber aus dem Export erzielt werden müssen, wenn man nicht durch Devisenankauf die Marktlage ruinieren will. Hingegen besteht bei der Uebertragung in Form von Renten dieses Problem nicht.

Nun ist die Zusammenfassung der englischen Reparations-einnahmen in diesem Sinne eine ungünstige: vier Fünftel davon stammen aus der Devisenabgabe der Exporteure (die sogenannte 26 prozentige Abgabe). Durch das jüngste Abkommen zwischen Deutschland und England ist aber diese Abgabe verbessert worden: Jetzt kann der Reparationsagent, wenn er die Gefährdung der Mark herannahen sieht, den Devisenabfluß abstoppen und die angefallenen Exportüberschüsse bei der Deutschen Reichsbank liegen lassen.

Für Frankreich spielen die Sachlieferungen eine viel größere Rolle als für England und bilden die Hälfte der Reparations-einnahme Frankreichs: Es ist hauptsächlich die Kohle. Hingegen ist die Bedeutung der französischen 26 prozentigen Abgabe eine viel geringere. Leider zeigen aber die letzten Monate einen allmählichen Umchwung: Die Sachlieferungen Frankreichs gehen zurück und dementsprechend wächst die Bedeutung seiner Geldforderungen. Die Abhilfe im deutschen Kohlenabbau (die noch andere Ursachen hat) wird dadurch verhärtet. Was Deutschland demgegenüber unmittelbar erwidern kann und von den Alliierten verlangt wird, ist: 1. Abbau der Zollmauern zur Erleichterung des deutschen Exports, um die Devisenablieferung zu ermöglichen; 2. Entziehung des Eingriffsrechts des Reparations-agenten auch auf die französische 26 prozentige Abgabe. Somit kann das glatte Funktionieren des Dawes-Planes — auch ganz abgesehen von der Frage nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands — gefährdet werden.

Polnische Zollermäßigungen.

Wie wir aus polnischen Blättern erfahren, hat die polnische Regierung unter dem 20. April neue Zollbestimmungen getroffen, die eine beträchtliche Zollermäßigung, in vielen Fällen bis zu 25 Prozent, vorsieht. Soweit wir aber aus den polnischen Veröffentlichungen feststellen können, liegt in dieser Zollermäßigung eine Spitze gegen den deutschen Warenexport nach Polen. Es sind namentlich deutsche, für die Einfuhr nach Polen wichtige Waren angeführt, für die Zollermäßigungen nicht vorgesehen sind. Auf jeden Fall gewinnt man den Eindruck, als ob die neuen „Zollermäßigungen“ mit den schwerwiegenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zusammenhängen. Es erscheint deshalb notwendig, daß die deutsche Regierung der Öffentlichkeit darüber Aufklärung gibt, ob und welche Zwischenfälle in den deutsch-polnischen Verhandlungen zu dem immerhin seitlängem Schritt Polens geführt haben.

Die Lage der Reichsbahn in amtlicher Darstellung.

Die Reichsbahn und besonders ihr demokratischer Generaldirektor Oeser, der sich gegenwärtig zur Kur in Karlsbad aufhält, sind seit einiger Zeit Gegenstand ebenso heftiger wie systematischer Angriffe in der Reichs- und Lokalpresse, die auch vor der geschäftlichen Persönlichkeit der Reichsbahn nicht zurückstehen. Jetzt hat nun der erstvertretende Generaldirektor, Staatssekretär a. D. Stieler, Vertretern der Presse einen Ueberblick über die Lage der Reichsbahn geben lassen, der sich gegen jene Verdächtigungen wendet und versichert, daß von einer Verdrängung Oesers überhaupt keine Rede sein könne, am allerwenigsten, wie die reaktionäre Presse behauptet, durch die ausländischen Kommissare. Ueber die finanzielle Lage der Reichsbahn sagt deren Vertreter, die Erhöhung der Personentarie sei durch die letzte Lohnerhöhung notwendig geworden, die durch Schiedspruch verbindlich erklärt wurde.

Bei der Beurteilung der tatsächlichen Ausgaben ist zu beachten, daß die Instandhaltung der Rhein- und Ruhrbahnen in diesem Jahre allein rund 100 Millionen kostet. Von der Kriegszeit her sind noch Schäden beim Oberbau und bei den Brücken zu beheben. Erneuerungsrücklagen und sonstige Reservefonds stehen nicht zur Verfügung. Der Fahrzeugpark der Gesellschaft ist stärker, als mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse für notwendig erachtet werden kann. In der Fahrzeugbeschaffung ist bisher äußerste Zurückhaltung geübt. Alle ihre Ausgaben muß die Gesellschaft zur Zeit aus ihren laufenden Einnahmen decken. Der kurzfristige amerikanische Vorkredit von 10 Millionen Dollar ist bis jetzt nicht in Anspruch genommen worden. Ferner muß aus den Einnahmen noch die Reparationslast bestritten werden. Die Zahlung am 1. September ist fällig. Außerdem sind aber im ersten Geschäftsjahr Rückstellungen zu machen für die erste Zahlung des zweiten Geschäftsjahres, die am 1. März 1926 mit rund 300 Millionen fällig ist. Es sind also für die Zahlung bis Ende des Geschäftsjahres bereits 200 Millionen zurückzustellen, so daß die Belastung im ersten Geschäftsjahr schon 400 Millionen beträgt. Ferner muß eine Ausgleichsrücklage nach den Bestimmungen der Gesellschaftsjahrgang von ungefähr 110 Millionen angesammelt werden. Nach dem Reichsbahngesetz hat die Gesellschaft die Beförderungssteuer im ersten Jahr an das Reich abzuliefern, im zweiten Jahr hat sie an Steuern 250, später jährlich 200 Millionen an den Reparationsagenten abzuführen. Die Wirtschaft der Reichsbahn hängt ab von der Lage der deutschen Gesamtwirtschaft. Wer hier nicht alle Hoffnung fahren lassen will, kann auch mit einer gewissen Ruhe der finanziellen Entwicklung bei der Reichsbahngesellschaft entgegensehen. Zu alarmierenden Meldungen über die finanzielle Lage der Reichsbahn sei jedenfalls kein Anlaß vorhanden.

„Belastung“ durch Sozialversicherung.

Von Unternehmenseite wird zurzeit die breite Öffentlichkeit sehr irreführend durch Zahlen, die beweisen sollen, wie untragbar die Soziallasten für die deutsche Wirtschaft durch die Sozialversicherung geworden seien. Mit 1 1/2 Milliarden Mark jährlich würde die deutsche Wirtschaft durch die Sozialversicherung belastet. Jetzt hat es der Hauptverband deutscher Krankenkassen unternommen, einmal durch Erhebung festzustellen, wieviel der einzelne Unternehmer eigentlich „belastet“ ist. Und da stellt es sich heraus, wie überaus gering die Ausgaben für Sozialversicherung im Verhältnis zu dem Gesamtumsatz eines Betriebes sind.

Es ergab sich, daß bei 71 Betrieben, die zusammen 33 435 Personen (470 Personen je Betrieb) beschäftigten, die gesamte soziale Belastung sich auf 1,96 v. H. des Gesamtumsatzes belief. Es sind hier eingerechnet die Kosten der Angestellten-, Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherung und der Gewerbesteuerzuschläge. Auf die Sozialversicherung allein entfielen 1,61 v. H. des Gesamtumsatzes. Aus ihren Beiträgen hatten davon die Versicherer selbst 0,898 v. H. aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,71 v. H. gleich rund 1/14 des Gesamtumsatzes verblieben. Rechnet man noch die Beiträge zur Gewerbesteuerzuschläge hinzu, so erhöht sich diese Ziffer auf 0,89 v. H. gleich 1/11 des Gesamtumsatzes. Wenn man dem die Belastung der Betriebe etwa durch die Unfallsteuer entgegengesetzt, die mit 1,5 bis 2,5 v. H. des Umsatzes angesetzt ist, so ergibt sich, daß auf den Unternehmer ein verhältnismäßig außerordentlich geringer Betrag für soziale Zwecke entfällt.

Wollenshand vom 11. Mai 1925.

Wollenshand vom 11. Mai 1925.		
Wollenshand	1,96	2,57
Wollenshand (Stahl)	+0,10	2,67
Wollenshand (Wolle)	2,86	2,67
Wollenshand (Wolle)	2,86	2,67
Wollenshand (Wolle)	3,50	2,67

Gibt eine Tabelle der Wollenshand

